

Eröffnung der Energiesparmesse in Schrobenhausen
Rede von Dr. Reinhard Brandl, MdB
11. Februar 2012

Sehr geehrter Herr Landrat Weigert,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Stephan,
sehr geehrter Herr Mießl,
sehr geehrter Herr Hille,
sehr geehrter Herr Hofstetter,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung zu dieser Messe heute. Ich möchte zuerst einmal alle, die an der Organisation beteiligt waren, herzlichst beglückwünschen. Es ist beeindruckend, was Sie hier und heute auf die Beine gestellt haben.

Wer sich näher mit dem Projekt „Energie effizient einsetzen“ beschäftigt weiß aber, dass Sie nicht nur hier und heute aktiv sind, sondern in Zusammenarbeit mit dem Landkreis, den Kommunen und der regionalen Wirtschaft, das ganze Jahr über die Menschen in der Region über die Möglichkeiten der Energieeinsparung – und der Erzeugung Erneuerbarer Energien – informieren.

Bürgermeister Dr. Stephan hat zum Beispiel vor wenigen Wochen sehr eindrucksvoll auf seinem Neujahrsempfang dargestellt, was Schrobenhausen selbst dafür unternimmt und was die Stadt an lokalen Förderprogrammen für ihre Bürger anbietet.

Energie, die eingespart wird, muss nicht bezahlt werden, sie muss nicht erzeugt werden und sie muss auch nicht transportiert oder gespeichert werden. Durch mehr Energieeffizienz können alle energiepolitischen Probleme zwar nicht gelöst, aber zumindest abgemildert werden. Und wir stehen vor riesengroßen energiepolitischen Herausforderungen.

Um das Ziel einer Begrenzung des Temperaturanstiegs um zwei Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit zu erreichen, hat sich Deutschland verpflichtet, seine CO₂-Emission auf Basis des Jahres 1990 bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. Wir sind jetzt bei etwa minus 25 Prozent. Das ist ein guter Wert, aber wir sind noch lange nicht am Ziel.

Dazu kommt das nationale Projekt der Energiewende. Diese Wende steht auf zwei Beinen: Auf dem Ausbau der Erneuerbaren Energien inklusive dem Ausbau der Netze sowie der Förderung der Energieeffizienz. Diese Wende umzusetzen, ohne dabei in zu starke Abhängigkeit von Stromimporten aus dem Ausland zu kommen und den Strom bezahlbar zu halten, ist neben der Euro-Krise die größte Herausforderung, die wir im Moment schultern müssen.

Doch während die Euro-Krise einer Lösung auf der Ebene der Staats- und Regierungschef bedarf, muss die Energiewende vor Ort, in den Städten und Gemeinden und in den Haushalten, umgesetzt werden.

Der Staat kann bei seinen eigenen Projekten Vorbild sein, wie es zum Beispiel die Stadt Schrobenhausen ist, lieber Karlheinz Stephan, und der Staat kann Rahmenbedingungen und Anreize setzen, wie es die Stadt Schrobenhausen tut, wie es der Freistaat Bayern tut und wie es auch der Bund tut.

Das ist schnell gefordert, aber in der praktischen Umsetzung nicht so einfach: Jede Förderung kostet Geld und das ist vor allem beim Bund knapp. Ich würde mir als junger Abgeordneter nichts mehr wünschen als einen ausgeglichenen Haushalt. Davon sind wir aber noch meilenweit entfernt. Die Kosten auf die Stromkunden umzulegen, ist auch nur in engen Grenzen möglich. Mit jeder Subvention ist ein Markteingriff verbunden, der regelmäßig zu Verwerfungen führt. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn die Subvention wieder aufgehoben werden soll oder der dafür vorgesehene Topf leer ist.

Gesetzliche Rahmenbedingungen – ob bei der Sanierung von Gebäuden oder bei der Ausweisungen von Gebieten für Windenergie – werden oftmals nur solange akzeptiert, wie man selbst nicht betroffen ist. Nichtsdestotrotz müssen wir, wenn wir die Energiewende schaffen wollen, auf allen Ebenen fördern und Rahmenbedingungen setzen. Anders ist so ein Vorhaben nicht zu schultern.

Wir sind dabei durchaus erfolgreich: Die bisher erfolgte Reduktion von CO₂ habe ich bereits erwähnt. Beim Energieverbrauch ist es uns gelungen, den Verbrauch vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln. Trotz steigender Wirtschaftsleistung sinkt seit Jahren unser Energieverbrauch. Beim Strom haben die Erneuerbaren Energien letztes Jahr einen großen Sprung gemacht. 2010 waren es noch 17 Prozent, 2011 bereits 20 Prozent.

Das ist natürlich erfreulich. Bei der Sonnenenergie haben wir aber auch eine Schattenseite. Der Zubau und damit die Kosten für die Stromkunden und die Netzbelastung waren viel höher als ursprünglich geplant. Im letzten Jahr sind 7.500 MW neu installiert worden. Etwa doppelt so viel wie geplant und 3.000 MW – also 40 Prozent davon – alleine im Dezember, vor dem nächsten Degressionsschritt am 01. Januar. Die festen Stichtage für die Senkung führen regelmäßig zu einer unkontrollierbaren Rallye. Das ist auch für die Handwerker, die die Anlagen installieren, eine Zumutung.

Ich kann Ihnen noch nicht sagen, was an den Förderbedingungen beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geändert wird. Das wird in den nächsten Monaten noch verhandelt. Ich bin aber der Überzeugung, dass wir die Degressionsstufen anders gestalten müssen (z.B. durch monatliche Absenkungen), damit wir diese Schlussverkaufssphänomene in den Griff bekommen. Die Eigenverbrauchsförderung sollte künftig an den Einbau von Speichern geknüpft werden, damit wir auch dort Skaleneffekte wie bei den Modulen erreichen.

Ich halte nichts von einer absoluten Zubaugrenze, die die Förderung ganz abreißen lassen würde, sobald sie erst einmal erreicht wird. Damit würden wir einen ganzen Wirtschaftszweig abwürgen, den wir ja bewusst aufbauen wollten.

Bereits geändert wurde eine verstärkte Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung: Im Januar wurden vom Bundesumweltministerium die Richtlinien für die Förderung von Mini-Blockheizkraftwerken veröffentlicht. Neue Mini-Blockheizkraftwerke bis 20 kW in Bestandsbauten können nach dem Programm einen einmaligen Investitionszuschuss erhalten, der nach der elektrischen Leistung der Anlagen gestaffelt ist. Anträge auf Förderung für Anlagenbetreiber können ab dem 01. April 2012 eingereicht werden. Ab diesem Zeitpunkt finden Sie die entsprechenden Formulare auf der BAFA-Homepage.

Bei der Energieeffizienz liegt das größte Einsparpotential im Gebäudebereich. Rund 40 Prozent des Energieverbrauchs, wenn man alle gebäuderelevanten Anteile für Wärme, Kälte und Beleuchtung summiert werden, fallen dort an. Der größte Teil (24 Prozent) bei den privaten Haushalten. Davon macht die Wärmebereitstellung für Heizung und Warmwasser über 85 Prozent aus. Das ist ein Riesenpotential zum Sparen von Energie und zum Sparen von Geld für den Eigentümer. Das werden Ihnen die Aussteller hier in der Messe bestätigen können.

Wichtigstes Förderinstrument sind die KfW-Programme zur Gebäudesanierung: Im zurückliegenden Jahr 2011 wurde bereits die Hälfte aller neu errichteten Wohngebäude von der KfW gefördert. Von 2006 bis heute wurde die energieeffiziente Sanierung oder Errichtung von mehr als 2,5 Mio. Wohnungen und Investitionen durch eine Förderung von rd. 87 Mrd. Euro unterstützt. Die dadurch eingesparte Energie entspricht in etwa der Leistung von zwei Kernkraftwerken.

Jeder „Förder-Euro“ löst acht Euro an Investitionen aus. Wir haben das Programm letztes Jahr aufgestockt: Für die Jahre 2012 bis 2014 sollen für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm jährlich 1,5 Mrd. Euro aus dem Energie- und Klimafonds zur Verfügung stehen.

Diejenigen von Ihnen, die aufmerksam die Presse verfolgen, wissen aber, dass die Einnahmen des Energie- und Klimafonds aus dem Verkauf der CO₂-Verschmutzungsrechte im Moment wegbrechen. An dieser Stelle wird es in den nächsten Wochen und Monaten noch heftige Diskussionen geben. Das ärgert mich sehr.

Vor allem weil eine weitere Maßnahme, die steuerliche Abschreibung von Gebäudesanierungsmaßnahmen, im Vermittlungsausschuss hängt. Am 30. Juni letzten Jahres hat der Deutsche Bundestag den Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden beschlossen. Er sieht vor, dass zehn Jahre lang jährlich bis zu zehn Prozent der Sanierungskosten steuerlich abgesetzt werden können.

Weil die Länder davon einen Teil zahlen müssen, stimmen Sie dem Gesetz nicht zu. An Bayern hängt es nicht, aber an den meisten anderen. Es sagt meines Wissens keiner, dass es nicht sinnvoll oder wirkungsvoll wäre, aber zahlen will es ebenfalls niemand. Das sind Auswirkungen des Föderalismus, die mich auch manchmal zweifeln lassen. Aber die Hoffnung stirbt zuletzt. Ich bin sicher, dass es eine Einigung geben wird. Das Gesetz ist ja nicht vom Tisch.

Sie sehen, dass die Energiewende uns auch politisch massiv beschäftigt. Ich könnte davon noch vieles berichten, aber Sie sind heute ja nicht hier, um mir zuzuhören, sondern um Möglichkeiten kennenzulernen, wie Sie selbst Energie effizient einsetzen können.

Dem will ich nicht weiter im Wege stehen. Ich stehe Ihnen aber gerne anschließend im persönlichen Gespräch für alle Fragen und Anregungen zur Verfügung.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.